

Antworten des Landesverbandes DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter

1. Wirtschaftliche Perspektiven mittels gewinnbringender Preise für Agrarprodukte

Milcherzeuger, wie auch andere Idw. Sektoren, liefern ihre erzeugten Produkte zum größeren Teil ab, ohne vereinbaren zu können, welchen Preis sie dafür bekommen, welche Mengen sie liefern können. Eine Möglichkeit, diese Situation zu verändern, ist die Umsetzung des Artikels 148 Gemeinsame Marktordnung GMO in nationales Recht mit der Folge, dass der Abschluss von Verträgen mit konkreten Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualitäten vorgeben wird. Die nationale Umsetzung des Art. 148 GMO scheitert bisher auch an dem Widerstand auch Bundesebene. Welche Position hat Ihre Partei, haben Sie dazu? Haben Sie eigene Vorstellungen, wie die Marktstellung der Milcherzeuger deutlich gestärkt, und damit auch die wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft erheblich verbessert werden könnte?

Die Linke spricht sich eindeutig dafür aus, die Möglichkeiten des Artikel 148 GMO zu nutzen und Lieferverträge mit verbindlichen Vereinbarungen vorzuschreiben. Wir halten es für unzumutbar für die Milchproduzenten, von willkürlichen Preis- und Abnahmefestlegungen der Abnehmer abhängig zu sein. Das muss beendet werden. Die Linksfraktion im Landtag hat sich in den vergangenen Jahren dazu wiederholt entsprechend positioniert.

Darüber hinaus ist es ein grundlegendes Problem in der Landwirtschaft, dass wenige Abnehmer durch ihre Monopolstellungen und unter Ausnutzung des Unterbietungswettbewerbs am Weltmarkt Preise diktieren können, die eine auskömmliche Produktion unter gesellschaftlich gewünschten Standards kaum möglich macht. Hier halten wir eine stärkere staatliche Regulierung und die Nutzung der Möglichkeiten des Kartellrechts beziehungsweise dessen Erweiterung für erforderlich. Dies ist jedoch nur auf Bundesebene zu regeln.

2. Tierwohl

Wir wollen, dass wir für die von uns gehaltenen Tiere artgerechte Lebensbedingungen bieten können und sie die bestmögliche Betreuung erfahren. Welche Veränderungen wollen Sie für die Tierhaltung durchsetzen, die Auswirkungen auf uns Milchbäuerinnen und Milchbauern haben und welche Möglichkeiten für Unterstützungen und Hilfen haben Sie dabei in Brandenburg vor?

Tierhalterinnen und Tierhalter müssen darin unterstützt werden, gute Tierwohlbedingungen zu realisieren. Den Ansatz des Tierschutzplans möchten wir fortführen. Fördermittel für den Um- und Neubau von Ställen müssen weiter zur Verfügung stehen. Entscheidend ist dabei die Investitionssicherheit für die Tierhalterinnen und Tierhalter: Sie müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Investitionen Bestand haben und nicht durch neue Regelungen bald wieder in Frage gestellt werden. Grundsätzlich unterstützen wir das Konzept der „Borchert-Kommission“, tierwohlgerechte Haltung durch eine zusätzliche Finanzierung, die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht über Gebühr belasten darf, zu unterstützen. Wir befürworten eine verpflichtende Tierwohlkennzeichnung, damit Verbraucherinnen und Verbraucher bewusste Kaufentscheidungen treffen können.

3. Landwirtschaftlicher Bodenmarkt

Der Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen wird für die bäuerlich agierende Landwirtschaft immer schwieriger, Initiativen zur Reform des Agrarstrukturgesetzes laufen ins Leere. Die Anforderungen auch an die Milcherzeuger, mehr Flächen für entsprechende Landschafts- und Hochwasserschutzmaßnahmen, für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz bereitzustellen, werden größer. Dafür brauchen

sie Zugang zu Acker- und Grünlandflächen, müssen geschützt werden vor außerlandwirtschaftlichen Investoren. Welche Überlegungen haben Sie, um der Landwirtschaft, und damit auch den Milchviehbetrieben, den Zugang zu geeigneten Flächen zu ermöglichen?

Die Linke hält ein Agrarstrukturgesetz für zwingend erforderlich und sein Scheitern für eines der größten Versäumnisse der aktuellen Landesregierung im Agrarbereich. Die Linksfraktion hat sich mit konkreten inhaltlichen Vorschlägen intensiv in die Diskussion um das Agrarstrukturgesetz eingebrecht. Aus unserer Sicht muss es eine klare Privilegierung ortsansässiger und in der Region verwurzelter Betriebe beim Erwerb landwirtschaftlicher Flächen und ein entsprechendes Vorkaufsrecht geben. Die Übernahme von Landwirtschaftsbetrieben durch Anteilskäufe (Share Deals) muss einer Genehmigungspflicht unterworfen werden, damit überregionale und außerlandwirtschaftliche Konzerne nicht zum Zuge kommen. Es wird ein Preisdeckel für Pacht- und Kaufpreise benötigt. Und es soll einen öffentlichen Bodenfonds geben, der Flächen langfristig an ortsansässige und gemeinwohlorientierte Betriebe verpachtet.

4. Strukturwandel – Vitalität der ländlichen Räume

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich auch in Brandenburg in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verringert. Wollen Sie dieser Entwicklung entgegenwirken, wenn ja, mit welchen Instrumenten? Haben Sie Überlegungen, wie für die den Betrieben nachfolgenden Generationen wirtschaftliche Perspektiven geschaffen werden können?

Eine Vielfalt von großen und kleinen Betrieben mit unterschiedlichen Bewirtschaftungskonzepten macht die Stärke der brandenburgischen Landwirtschaft aus. Mit der Höfeordnung, die von der Linksfraktion im Landtag vorangetrieben worden ist, haben wir bereits Grundlagen für Hofübergaben an nachfolgende Generationen geschaffen. Entscheidend ist aber, dass der Beruf der Landwirtin und des Landwirtes sozial und wirtschaftlich attraktiv bleibt und Zukunftsperspektiven bietet. Dafür ist es notwendig, die Stellung der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette zu stärken, durch mehr regionale Vermarktung die Abhängigkeit vom Weltmarkt zu reduzieren und Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft angemessen zu vergüten. Konzepte dafür liegen auf dem Tisch, etwa durch die „Zukunftskommission Landwirtschaft“. In ihrer Umsetzung muss gearbeitet werden.